



<b>Art, Maß der baulichen Nutzung, Bauweise</b>	<b>Flächen für die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs.1 Nr. 16 BauGB)</b>	<b>Sonstige Planzeichen und Festsetzungen</b>	<b>Hinweise / Nachrichtliche Übernahmen</b>
<b>GI</b> Industriegebiet (§ 9 BauNVO)	Abflussmulde	Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen	bestehende Grundstücksgrenze
Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)	Rückhaltebecken	Flurnummer	55
Zaun	<b>Flächen u. Maßnahmen der Landschaftspflege (§ 9 Abs.1 Nr. 20 BauGB)</b>	Höhenlinien, Abstand 1m	Bestehende Bebauung
<b>Flächen für Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)</b>	Flächen zum Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne § 1a Abs.3 BauGB; Herstellung gemäß textlichen Festsetzungen	Umgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungs- und Grünordnungsplanes (Innenkante)	20 kV-Freileitung mit Schutzzone beiderseits 8 m
SP Sprinkleranlage	<b>Grünflächen (§ 9 Abs.1 Nr. 15 BauGB)</b>	festgesetzte Bezugshöhe: 420 m über N.N.	Böschungen
MS Materialsilo	Private Grünfläche		Vermessung in Meter
EF Erschließungs-, Parkierungs- und Abstellflächen	Flächen zum Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne § 1a Abs.3 BauGB; Herstellung gemäß textlichen Festsetzungen		Vorschlag Baumpflanzung
Grünflächen (§ 9 Abs.1 Nr. 15 BauGB)	Private Grünfläche		Zufahrt über Privatstraße
Private Grünfläche mit Eignung für die Befahrung durch Not- und Versorgungsfahrzeuge	Bäume 1. Wuchsordnung		
	Bäume 2. Wuchsordnung		
	Sträucher		

<b>TEIL B: FESTSETZUNGEN DURCH TEXT</b>	<b>T4 Bepflanzungen / Maßnahmen Landschaftspflege</b>
<b>T1 Art, Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, Bauliche Gestaltung</b>	<b>T4.1 Allgemeine Pflanzfestsetzungen</b>
<b>T1.1 Nutzungsarten:</b> GI Industriegebiet gem. § 9 BauNVO. Nutzung gem. Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 2 nicht zulässig; Nutzungen gem. Abs. 3 Nr. 1 zulässig.	Alle Gehölze müssen den Qualitätsanforderungen des BDB entsprechen. Die Pflanzung muss in der unmittelbaren auf die Fertigstellung der Gebäude und Erschließungsanlagen folgenden Pflanzperiode erfolgen. Ausgefallene Gehölze sind zu ersetzen. Die Pflanzungen sind durch angemessene Pflege dauerhaft zu sichern.
<b>T1.2 Grundflächenzahl (GRZ):</b> maximal 0,8.	Gem. Festsetzungen durch Planzeichen sind Bäume
<b>T1.3 Nebenanlagen:</b> zulässig gemäß Festsetzungen durch Planzeichen: Erschließungs-, Parkierungs- und Abstellflächen, Sprinkleranlagen, Materialsilos, weitere untergeordnete Nebenanlagen in privaten Grünflächen bis maximal 100 m² zulässig.	1. Wuchsordnung
<b>T1.4 Bauweise:</b> abweichende Bauweise gem. § 22 BauNVO Abs. 4: offene Bauweise, aber Seitenlänge größer als 50 m.	Gem. Festsetzungen durch Planzeichen sind Bäume
<b>T1.5 Abstandsflächen:</b> gemäß Art. 6 BayBO.	1. Wuchsordnung aus nachfolgender Artenliste zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Von der festgesetzten Lage kann geringfügig abgewichen werden.
<b>T1.6 Wandhöhen:</b> Definition: Wandhöhe zu messen von der durch Planzeichen festgesetzten Bezugshöhe (Höhe Bodenplatte) bis Oberkante Attika i.S. Art 6 Abs.4 BayBO.	Ergänzend sind in den privaten Grünflächen zusätzlich mindestens 13 Bäume 1. Wuchsordnung zu pflanzen.
<b>maximale Höhe:</b> Ausnahmen: 17,5 m Überschreitung der max. Wandhöhe durch Betriebsanlagen (z.B. Kamine, Lüftungsanlagen), soweit konstruktiv und technisch erforderlich, sowie Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie um maximal 3,50 m zulässig. Davon ausgenommen darf die max. Wandhöhe für zwei Kamine um maximal 5,00 m überschritten werden.	Ausgefallene Gehölze sind zu ersetzen.
<b>T1.7 Dachgestaltung:</b> zulässige Dachform:	Acer platanoides (Spitzahorn) Carpinus betulus (Hainbuche) Quercus robur (Stieleiche)
<b>T1.8 Fassadengestaltung:</b> zulässige Materialien: • glatter Sichtbeton, Mauerwerk • nichtspiegelnde Metalle • Metall- und Glaskonstruktionen • Putze aller Art grelle Farbanstriche sowie Signal- und Leuchtfarben nicht zulässig.	Acer pseudoplatanus (Bergahorn) Populus tremula (Zitterpappel) Tilia cordata (Winterlinde)
<b>T1.9 Werbeanlagen:</b> West- und Südfassade: nicht zulässig Norðfassade: bis zu einer Fläche von 6 qm; die Oberkante der Werbeanlage muss unter der Traufhöhe der nördlich angrenzenden Werksgebäude liegen; separate Werbestelle im Außenbereich mit einer maximalen Höhe von 6,0 m nur unmittelbar bei der Zufahrt zum Werksgelände zulässig.	Mindestpflanzqualität: Hochstamm, 3 x verpflanzt, mit Ballen, Stammumfang 14-16 nur gebietsseigene Gehölze mit zertifiziertem Herkunftsnachweis!
<b>T1.10 Außenbeleuchtung:</b> nur insektenunschädliche Lampen (LED oder Natriumdampf) zulässig	Wildschutz: Frei zur Landschaft stehende Bäume sind durch Stammschutz vor Wildverbiss zu schützen.
<b>T1.11 Stellplatznachweis:</b> Insgesamt 4 PKW-Stellplätze sind auf Privatgrund nachzuweisen. Befestigung nur wasserdurchlässig auszuführen.	<b>T4.3 Pflanzung Bäume</b> 2. Wuchsordnung
<b>T1.12 Aufschüttungen und Abgrabungen:</b> Aufschüttungen bis maximal 2,00 m gegenüber natürlichem Geländeniveau zulässig; Abgrabungen bis maximal 4,00 m gegenüber natürlichem Geländeniveau zur Geländeabfangung zulässig; Stützmauern oder Spundwände nur bei Abgrabungen zulässig nur Maschendrahtzäune und Doppelstabmattenzäune mit einer Höhe von max. 2,0 m zulässig;	Gem. Festsetzungen durch Planzeichen sind Bäume 2. Wuchsordnung aus nachfolgender Artenliste zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Von der festgesetzten Lage kann geringfügig abgewichen werden. Ausgefallene Gehölze sind zu ersetzen.
<b>T1.13 Einfriedungen:</b> Das auf Dach- und Verkehrsflächen anfallende Niederschlagswasser ist für Dachflächen und Hofflächen getrennt abzuliefern. Die Hofflächen sind nach den Vorgaben des DWA Arbeitsblattes A102 einer Niederschlagswasserbehandlung zuzuführen und anschließend in den durch Planzeichen festgesetzten Rückhaltebecken am Nordwest-Eck des Geltungsbereichs einzuleiten. Die Dachflächen können ohne Niederschlagswasserbehandlung direkt in den Rückhaltebecken eingeleitet werden. Der Rückhaltebecken ist als Erdbecken mit ein Nutzvolumen von 200 m³, mit Böschungsneigungen zwischen 1:2 und 1:3 und einem Freibord von mindestens 30 cm auszuführen.	Acer campestre (Feldahorn) Corylus avellana (Hase) Prunus avium (Vogelkirsche) Sorbus intermedia (Schwed. Mehlbeere; nur innenliegende Grünfläche)
<b>T2 Wasserwirtschaft</b>	Mindestpflanzqualität: Hochstamm, 3 x verpflanzt, mit Ballen, Stammumfang 14-16 nur gebietsseigene Gehölze mit zertifiziertem Herkunftsnachweis!
<b>T2.1 Niederschlagswasser:</b> Das auf Dach- und Verkehrsflächen anfallende Niederschlagswasser ist für Dachflächen und Hofflächen getrennt abzuliefern. Die Hofflächen sind nach den Vorgaben des DWA Arbeitsblattes A102 einer Niederschlagswasserbehandlung zuzuführen und anschließend in den durch Planzeichen festgesetzten Rückhaltebecken am Nordwest-Eck des Geltungsbereichs einzuleiten. Die Dachflächen können ohne Niederschlagswasserbehandlung direkt in den Rückhaltebecken eingeleitet werden. Der Rückhaltebecken ist als Erdbecken mit ein Nutzvolumen von 200 m³, mit Böschungsneigungen zwischen 1:2 und 1:3 und einem Freibord von mindestens 30 cm auszuführen.	Wildschutz: Frei zur Landschaft stehende Bäume sind durch Stammschutz vor Wildverbiss zu schützen.
<b>T2.2 Nutzung von Niederschlagswasser:</b> Die Entnahme für Nutzwecke ist zulässig.	<b>T4.4 Pflanzung Sträucher</b> Gem. Festsetzungen ist am Südrand des Geltungsbereichs eine 2-reihige Strauchpflanzung vorzunehmen (Pflanzenabstand zwischen und innerhalb Pflanzenreihen 1,50 x 1,50 m) und dauerhaft zu erhalten. Folgende Arten können verwendet werden.
<b>T2.3 Abflussmulden:</b> Zwischen der südlichen Feuerwehrruhfahrt und der festgesetzten Bepflanzung sind zwei 15 bzw. 28 m lange und 4 m breite, begrünte Entwässerungsmulden anzulegen und an das vorhandene, östlich angrenzende Entwässerungssystem anzuschließen.	Berberis vulgaris (Gew. Beberitze) Crataegus laevigata (Weißdorn) Ligustrum vulgare (Liguster) Rosa canina (Hundsrose) Rosa majalis (Zimtrose) Viburnum opulus (Gew. Schneeball)
<b>T3 Lärmschutz</b>	Cornus mas (Kornelkirsche) Euonymus europaea (Pfaffenh.) Lonicera xylosajum (Heckenk.) Rosa spinosa (Schäfer) Salix caprea (Salweide) Viburnum lantana (Woll. Schneeb.)
<b>T3.1 Emissionskontingente</b> Das Plangebiet ist nach § 1 Abs. 4 Satz 2 Halbsatz 1 BauNVO baugebietübergreifend mit den Industriegebietsflächen des Bebauungsplans "Imlandsiedlung IV" hinsichtlich der maximal zulässigen Geräuschemissionen gegliedert. Zulässig sind nur Betriebe und Anlagen, deren Geräusche in ihrer Wirkung auf maßgebliche Immissionsorte im Sinne von Nr. A.1.3 der TA Lärm die in der folgenden Tabelle angegebenen Emissionskontingente LEK nach DIN 45691:2006-12 weder während der Tagzeit noch nachts überschreiten: <b>Zulässige Emissionskontingente</b> $LE_{EK,200}$ [dB(A) je m²] <b>Bauquartier mit Emissionsbezugsfläche</b> $S_{EK}$ $G_{EK} \sim 22.130 \text{ m}^2$ SEK: Emissionsbezugsfläche = Grundstücksläche An den nachfolgend bezeichneten Immissionsorten gelten um die in der folgenden Tabelle genannten Zusatzkontingente erhöhte Emissionskontingente: <b>Zusatzkontingente</b> $LE_{EK,200}$ [dB(A) je m²] <b>Immissionsorte</b> Wohnnutzungen mit dem Schutzanspruch eines Mischgebietes im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Imlandsiedlung" sowie Wohnhaus "Kolbacher Straße 24" auf Grundstück FL.Nr. 4/6 Einzelanwesen "Ruthäusl 1" auf Grundstück FL.Nr. 1271; Einzelanwesen "Sigihof 1" auf Grundstück FL.Nr. 862 Die Einhaltung der jeweils zulässigen Emissionskontingente ist nach den Vorgaben der DIN 45691:2006-12, Abschnitt 5 zu prüfen. Die Ermittlung der Immissionskontingente erfolgt nach DIN 45691:2006-12, Abschnitt 4.5 unter ausschließlicher Berücksichtigung der geometrischen Ausbreitungsdämpfung. Unterschreitet das sich aus den festgesetzten Emissionskontingenten ergebende zulässige Immissionskontingent eines Betriebs/Vorhabens den an einem maßgeblichen Immissionsort jeweils geltenden Immissionsrichtwert der TA Lärm um mehr als 15 dB(A), so erhöht sich das verfügbare Immissionskontingent auf den Wert $LE_{EK} = IR_{W} - 15 \text{ dB(A)}$ . Dieser Wert entspricht der Relevanzgrenze nach DIN 45691. Die Festsetzung von Emissionskontingenten gilt nicht für Immissionsorte mit der Schutzbedürftigkeit eines Gewerbe- oder Industriegebiets.	Mindestpflanzqualität: Strauch, verpflanzt, ohne Ballen, Höhe 100 - 150 nur gebietsseigene Gehölze mit zertifiziertem Herkunftsnachweis!
	Pflanzabstand: Wildschutz: 2 m innerhalb der Pflanzenreihe Die Pflanzung ist in der Jungwuchsphase (ca. 5 Jahre) durch Zäunung vor Wildverbiss zu schützen. Der Wildverbisschutz ist eigenständig nach maximal fünf Jahren zurückzubauen.
	Entwicklungspflanze: abschnittsweise Verjüngungsmaßnahmen durch Auf-den-Stock-Setzen bei Bedarf. Jede Pflegemaßnahme ist vorab mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.
	<b>T4.5 Private Grünflächen</b> Entsprechend den Festsetzungen durch Planzeichen sind vor Überfahung und Ablagerungen zu schützende Grünflächen anzulegen.
	<b>T4.6 Private Grünflächen mit Eignung für die Befahrung durch Not- und Versorgungsfahrzeuge</b> Die Flächen sind wasserdurchlässig zu befestigen und zu begrünen; Befestigung für eine Achslast von mindestens 10 t
	<b>T4.7 Flächen zum Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft gem. § 1a(3) BauGB</b>
	<b>Entwicklungsziel:</b> Mesophile Baumhecke (BNT B112) und mit Einzelbäumen überstandenes, mäßig extensiv genutztes, artenreiches Grünland
	<b>Maßnahmen:</b> • Pflanzung einer dreireihigen Baumhecke gem. Festsetzungen durch Planzeichen und textliche Festsetzungen unter T.2, T.3, T.4 • alle übrigen Flächen: Abtrag Oberboden (Tiefe ca. 20 cm); Impfung mit Mähgut magerer, artenreicher Wiesen aus dem näheren Umfeld • Sicherung der Ausgleichsfläche gegenüber der westlich angrenzenden, landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Ausbuddung einer flachen Geländemulde mit einer Tiefe von 30 cm und die dauerhafte Aufspückung des Grenzverlaufs mit verzinkten Stahlpfosten mit einer Höhe von 1,0 m und einem max. Abstand von 50 m
	<b>Entwicklungspflege:</b> Hecke: abschnittsweise Verjüngungsmaßnahmen durch Auf-den-Stock-Setzen bei Bedarf. Jede Pflegemaßnahme ist vorab mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Wiese: 2-3 Schröpfungsmahden mit Mähgutabfuhr nach Bedarf in den beiden ersten Jahren nach Ansaat; anschließend 1- bis 2-malige Mahd mit Mähgutabfuhr; Einsatz von mineralischer/organischen Düngemitteln und Pestiziden unzulässig Umsetzung und Pflege sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen Gemäß Art. 9 Sätze 1 und 2 BayNatSchG sind die für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgesetzten Flächen von der gemäß § 17 Abs. 1 BNatSchG für das Verfahren zuständige Behörde an das Landesamt für Umwelt zur Eintragung in das Ökofachkataster zu übermitteln.
	<b>Ökofachkataster</b>

<b>TEIL C: HINWEISE</b>	<b>VERFAHRENSVERMERKE</b>
<b>Lärmschutz</b> Emissionskontingente	<b>Nachweis der Einhaltung zulässiger Emissionskontingente</b> In den Einzelgenehmigungsverfahren soll durch die Bauaufsichtsbehörde nach § 1 Absatz 4 BauVorV die Vorlage schalltechnischer Gutachten angeordnet werden. Im Falle der Anwendung von Art. 58 BayBO ("Genehmigungsfreistellung") ist durch den Bauherren mit der Genehmigungsfreistellungsvorlage ein schalltechnisches Gutachten einzureichen.  Qualifiziert nachzuweisen ist darin für alle maßgeblichen Immissionsorte im Sinne von Nr. A.1.3 der TA Lärm, dass die zu erwartende anlagenbezogene Geräuschentwicklung durch das jeweils geplante Vorhaben mit den als zulässig festgesetzten Emissionskontingenten LEK respektive mit den damit an den maßgeblichen Immissionsorten einhergehenden Immissionskontingenten LK übereinstimmt. Dazu sind die Beurteilungspegel unter den zum Zeitpunkt der Genehmigung tatsächlich anzusetzenden Schallausbreitungsverhältnissen (Einrechnung aller Zusatzdämpfungen aus Luftabsorption, Boden- und Meteorologieverhältnissen und Abschirmungen sowie Reflexionseinflüsse) entsprechend den geltenden Berechnungs- und Beurteilungsrichtlinien (in der Regel nach der TA Lärm) zu ermitteln und vergleicht mit den Immissionskontingenten zu bewerten, die sich aus der vom jeweiligen Vorhaben in Anspruch genommenen Teilfläche der Emissionsbezugsfläche nach der festgesetzten Berechnungsmethodik der DIN 45691:2006-12 errechnen.
	<b>Nachweis der Einhaltung zulässiger Immissionsrichtwerte an Immissionsorten mit der Schutzbedürftigkeit eines Gewerbe- oder Industriegebiets</b> Die Beurteilung der Geräuschkonstellation an Immissionsorten mit der Schutzbedürftigkeit eines Gewerbe- oder Industriegebiets erfolgt über einen quantifizierenden Vergleich der betrieblichen Beurteilungspegel mit den in einem Gewerbegebiet geltenden Immissionsrichtwerten der TA Lärm. Die jeweils zulässigen, ggf. reduzierten Immissionsrichtwerte sind dabei im Rahmen einer Einzelfallbeurteilung, die die Umstände und Randbedingungen des jeweiligen Vorhabens würdigt, zu bestimmen und festzulegen.
	<b>Zugänglichkeit der Normen, Richtlinien und Vorschriften</b> Alle genannten Normen, Richtlinien und Vorschriften können bei der Gemeinde Marklkofen zu den bekanntgemachten Fristen zusammen mit den übrigen Bebauungsplanunterlagen eingesehen werden. Sie sind beim Deutschen Patentamt archivmäßig gesichert hinterlegt und bei der Beuth Verlag GmbH in Berlin zu beziehen (Beuth Verlag GmbH, Saatwinkler Damm 42/43, 13627 Berlin).
	<b>Externe Ausgleichsflächen</b> Die erforderlichen externen Ausgleichsflächen werden auf den FL.Nr. 1494/1 (Til.) und 1494/2 (Til.), beide Gemarkung Frontenhausen nachgewiesen. Für die Flächen sind Funktionszuweisung und Nutzungsbestimmungen durch Eintragung im Grundbuch rechtlich zu sichern (dingliche Sicherung als beschränkte persönliche Dienstbarkeit und Realast, jeweils zu Gunsten des Freistaats Bayern, vertreten durch die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Dingolfing-Landau) und an das Ökofachkataster des Bayerischen Landesamts für Umweltschutz, Außenstelle Nordbayern, zu melden.
	<b>Bodendenkmäler</b> Unmittelbar östlich des Geltungsbereichs fanden im Jahre 2014 archäologische Untersuchungen statt. Hierbei wurden Siedlungsbefunde unbekannter Zeitstellung freigelegt. Diese Befunde gehörten zu einer Siedlung, die sich bis in den Baubereich erstreckt haben könnte. Im Bereich der Baumaßnahme waren daher Bodendenkmäler zu vermuten. Deshalb war es notwendig, die Maßnahme bodendenkmälerfachlich vorzubereiten, zu begleiten und ggf. eine Ausgrabung, Bergung und Dokumentation durchzuführen. Dementsprechend wurde der Geltungsbereich im Zeitraum vom 02.08.23 - 14.08.2023 durch archäologischen Grabungsarbeiten (Oberbodenabtrag) unter der Leitung des Archäologen C. Piller untersucht, wobei sich gemäß dessen „Änderungsanzeige Maßnahme Bodendenkmalpflege“ keine archäologischen Befunde ergeben haben. Die Kreisarchäologie haben in Abstimmung mit dem Denkmalamt des Landratsamtes DGF-LAN das Grundstück zur bauseitigen Nutzung freigegeben.
	<b>Brandschutz</b> Für die Feuerwehr notwendige Zufahrten und Flächen sowie Umfahrten zu geplanten Objekten sind nach den Richtlinien „Flächen für die Feuerwehr“ auszuführen und ständig für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr und des Rettungsdienstes frei zu halten. Eine Befahrbarkeit für Fahrzeuge mit einem zul. Gesamtgewicht von 16 t und einer Achslast von 10 t ist zu gewährleisten.  Die Wasserversorgung, sprich die Wasserleitung ist in Industriegebieten so auszulagern, dass bei gleichzeitiger Benutzung von 2 nächstgelegenen Hydranten ein Fördersystem von mindestens 1600 - 3200 l/min über 2 Stunden bei einer Förderhöhe von 4 bar erreicht wird. (s. Arbeitsblatt W 405 DVGW). Die erste Wasserentnahmestelle darf nicht weiter als 100 m von den Zugängen der geplanten Objekte entfernt sein. Alle Löschwasserentnahmestellen müssen außerhalb des Trümmerschattens liegen. Überflurhydranten sind den Unterflurhydranten vorzuziehen. Für die weitere Löschwasserentnahme können Wasserentnahmestellen in einem Umkreis (Löschbereich) von 300 m berücksichtigt werden. Wo die geforderte Leistung der Wasserleitung nicht erreicht werden kann und in einem Umkreis von 300 m keine ausreichende unabhängige Löschwasser-versorgung zur Verfügung steht, sind Löschwasserbehälter nach DIN 14230 für die restliche benötigte Löschwassermenge zu erstellen. Als Alternative zu den Löschwasserbehältern können auch Löschwasserbrunnen nach DIN 14220 die mit einem festen Ansaugrohr ausgestattet sind verwendet werden. Bei Sonderobjekten, Sonderbauten kann für den Objektschutz die benötigte Löschwassermenge noch höher angesetzt werden. Dies ist derzeit aus der Planung nicht ersichtlich und errechnet sich dann anhand des Ermittlungs- und Richtwertverfahrens für das jeweilige Objekt.
	<b>Solaranlagen</b> Es wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung gemäß Art. 44a Abs. 1 und 2 BayBO auf mindestens einem Drittel der geeigneten Dachfläche Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie zu errichten und zu betreiben sind. Über die gesetzliche Verpflichtung hinaus soll eine maximale Nutzung der geeigneten Dachfläche für Solaranlagen angestrebt werden.
	<b>Planstand:</b> 07.11.2023 - Satzungsversion <b>Stand DFK:</b> April 2023 <b>Bearbeitung:</b> Dipl.-Ing. Martin Karlstetter
	<b>planwerkstatt karlstetter</b> Ringsstraße 7, 84163 Marklkofen Tel. 0872/27513 Fax. 0872/316504